

München, 31.01.2018

SPD will bessere Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen

Drei Millionen Euro mehr im Nachtragshaushalt 2018 gefordert - Jede zweite hilfeschuchende Frau muss abgewiesen werden

Die SPD-Landtagsfraktion will Frauen besser vor Gewalt schützen und fordert daher eine bessere Finanzierung von Frauenhäusern, Beratungsstellen und Notrufen. "Jede zweite Frau, die Zuflucht in einem Frauenhaus sucht, muss abgewiesen werden, weil Geld und Personal fehlen", erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende und frauenpolitische Sprecherin **Dr. Simone Strohmayer**. Die SPD beantragt daher im aktuellen [Nachtragshaushalt \(PDF, 211 kB\)](#) die Erhöhung der Mittel von 3,5 auf 6,5 Millionen Euro. In Bayern werden jedes Jahr 140.000 Frauen Opfer von körperlicher oder sexueller Gewalt.

Frauenhäuser, Notrufe und Fachberatungsstellen sind bereits seit Jahren unterfinanziert und können oft ihren Betrieb nur mit Spenden aufrecht erhalten. "Meine Kollegin Ruth Müller und ich haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Frauenhäuser besucht und uns persönlich davon überzeugt, mit welchen enormen Problemen die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern zu kämpfen haben. Das ist eine Schande für den reichen Freistaat Bayern. Ich möchte, dass die Arbeit der Frauenhäuser leichter wird und mehr Frauen in Not und ihre Kinder Rat und Hilfe finden", erklärt Strohmayer.

Die SPD stützt ihre Forderung auch auf eine vom Sozialministerium in Auftrag gegebene "Studie zur Bedarfsermittlung zum Hilfesystem für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder in Bayern" der Universität Erlangen-Nürnberg, die eine dramatische Diskrepanz zwischen dem Bedarf an Hilfe und den Möglichkeiten zur Hilfe aufzeigt.